

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfzeilene Zeitspalt 20 Pf.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: **Redaktion: R. Wiehle, Linden-Gannover.** Postzeitungsliste: Nr. 1152.

Nr. 1.

Hannover, den 5. Januar 1895.

5. Jahrgang.

Der Kampf in Berlin ist beendet.

Kollegen! Arbeitsgenossen! Nach achtmonatigem Ringen hat der uns durch das Unternehmertum aufgezwungene Kampf einen für uns höchst ehrenvollen Abschluß gefunden. Dieser Ausgang des Kampfes ist einzig der kraftvollen Thätigkeit der organisierten Arbeiter Berlins und Umgebung zu verdanken, ohne deren unermüdete Arbeit und hingebenden Opfermuth es nicht möglich gewesen wäre, den Boykott, so wie geschehen, durchzuführen und zu beenden.

Kollegen und Arbeitsgenossen! Wir halten uns für verpflichtet, allen denen, welche bis jetzt in kollektiver und solidarischer Weise zur Unterstützung der Ausgesperrten beitrugen, unsern Dank auszusprechen. Wir haben die Ueberzeugung, daß Ihr auch in der nächsten Zukunft dazu beitragen werdet, daß diejenigen Ausgesperrten, welche nicht gleich eingestellt werden, noch weiter unterstützt werden können. Es hat sich gezeigt, daß man unsere Organisation nicht so leicht vernichten kann.

Mögen unsere Arbeitskollegen allerwärts die Lehre aus dem Kampfe und aus dem Siege ziehen, daß wir immer mehr und mehr bestrebt sein müssen, unsere Organisation zu stärken und zu kräftigen.

Immer enger und fester müssen wir uns der großen Kette der Arbeiterbewegung anreihen und ihr mit ganzem Herzen angehören.

Die Solidarität der gesamten Arbeiter Deutschlands, besonders der Berliner Arbeiter, hat sich aufs Glänzendste bewährt. Zeigen wir uns dieser Solidarität würdig, indem wir in der Zukunft für die Verbreitung unserer Sache gewerkschaftlich wie politisch unsere Schuldigkeit thun!

Der Freund der Brauereiarbeiter ist sein Leidensgenosse, der Klassenbewußte Arbeiter, welche Arbeit er auch verrichten möge. Das hat uns der Kampf gelehrt, und so ist es denn Pflicht aller Brauereiarbeiter, sich auch der politischen Organisation, der Arbeiterbewegung, anzuschließen. Je stärker die Organisation, je größer die Solidarität, je schwerer wird es dem Kapitalismus werden, uns zu vernichten.

Darum, hoch die Solidarität, hoch die Arbeiterbewegung!

Der Hauptvorstand.

J. A.: R. Wiehle.

Der Bierboykott.

Die überwältigende Majorität, mit welcher die Aufhebung des Boykotts am Freitag Abend beschlossen worden ist, zeigt deutlich, daß die Parteigenossen den sozialpolitischen Werth der Zugeständnisse, zu welchen die Brauereien gezwungen worden sind, zu würdigen wissen. In der That, der Ausgang des Kampfes ist so ehrenvoll und gewinnreich für die Arbeitererschaft, hat die Macht der organisierten Arbeiter Berlins so kraftvoll bewiesen, daß es thöricht wäre, sich die berechnete Freude an dem Erfolge durch den Umstand, daß nicht alle anfangs gestellten Forderungen durchgesetzt sind, trüben zu lassen. Wir werden den hohen Werth, den die in hartem Kampfe den kartellierten Brauereien abgerungenen Zugeständnisse sowohl für die Brauerei-Arbeiter speziell, als auch für die Arbeiterklasse im allgemeinen haben, im einzelnen nachweisen. Vorerst aber wollen wir einmal an dem Urtheil unserer Gegner die Größe des Erfolges, den der Bierkrieg für die Arbeiter gebracht hat, abmessen.

Die von dem Unternehmertum inspirierte Bourgeois-Prese, sowie Blätter, die sich ihrer offiziellen Beziehungen rühmen, wissen sich vor Zorn über diesen Ausgang des Kampfes nicht zu halten. Trotz der erheitenden Wirkung, welche die Herzergüsse der Geldsack-Prese auf uns ausüben, verkennen wir nicht, wie blutig ernst der Ingrimm der im Dienste der kapitalistischen Interessen für die Arbeiterklasse Knebelgesetze verlangenden Presse darüber ist, daß der Bierkrieg vor der Arbeitererschaft Berlins kapitulieren mußte. Die „Kreuz-Zeitung“ bezeichnet die Zugeständnisse des Unternehmertums als einen „sozialdemokratischen Sieg“.

Und die „Nordb. Allg. Ztg.“ jammert: „Die Brauereien fügen sich jetzt in die Forderung, die sie am 13. Oktober rundweg ablehnten.“ ... „Der Eindruck, welchen die Sozialdemokratie hat, kann nach der nicht wegzuleugnenden Kapitalation der Brauereien nur der der Schwäche des Gegners und der eigenen siegverbürgenden Kraft sein.“

„Die Berliner Brauereibesitzer haben somit nach diesem „Friedensschluß“ aufgehört, Herren in ihrem eigenen Hause zu sein. Das ist das Ende des Berliner Bierboykotts.“

„Das politische Interesse, die sozialdemokratische Bewegung in Berlin von einer empfindlichen Fessel (es handelt sich um die gesperrten Säle) zu befreien, überwog bei den Brauereien die bisher festgehaltenen Gesichtspunkte der persönlichen Würde, des wohlverstandenen eignen Nutzens und der Pflicht gegen die Gesamtheit.“

So urtheilt die Presse, die man als verschämtes Sprachrohr des Unternehmertums bezeichnen kann. Wir sind neugierig, was die den Stumm, Krupp und Konsorten direkt untergebene Pressemühle für ein Wuthgeheul darüber anstimmen wird, daß die Sozialdemokratie so stolz und stark dem Brauerring gegenüber steht. Wenn die Gegner eine Gefährdung ihrer kapitalistischen Interessen und eine Schädigung des Unternehmertums in der Art, wie der Boykott beendet wurde, erblicken, so erfüllt uns das mit hoher Genugthuung; aber um so befreundlicher muß es erscheinen, daß in den Reihen der Parteigenossen nicht überall volle Befriedigung über den Ausgang herrscht. Bei ruhiger, objektiver, nicht vom Siegestraume, aber auch nicht von Verkleinerungssucht getriebener Betrachtung der Sache treten die Vortheile, welche die Arbeiter von dem Zugeständniß der Brauereien haben, klar und scharf hervor. Wenn man erwägt, daß die Arbeiter nichts, aber auch gar nichts, gegen frühere Verhältnisse verloren, dagegen — wenn auch nicht die Erfüllung aller beim Beginn des Kampfes gestellten Forderungen — doch eine Reihe sehr wichtiger und werthvoller Zugeständnisse errungen haben, dann war die Aufhebung des Boykotts nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch ein im sozialpolitischen Interesse der Arbeiterklasse nothwendiger Akt. Um das letztere zu begründen, bedarf es nur des Hinweises auf die Bestimmungen des Arbeitsnachweises bezüglich der NichtEinstellung von Arbeitnehmern und der damit zusammenhängenden Frage des Schiedsgerichts. Während die Brauer früher es rundweg ablehnten, für die NichtEinstellung von Arbeitern irgend welche Gründe anzugeben, haben sie sich jetzt verpflichtet, dem aus Arbeitern und Unternehmern zu gleichen Theilen zusammengesetzten Schiedsgerichte Rede und Antwort zu stehen und sich dessen Entscheidung zu unterwerfen.

Zum ersten Male in Deutschland hat eine so starke Unternehmer-Organisation, wie die des Brauereigewerbes in Berlin, die klare und bindige Erklärung in ihrem Arbeitsnachweis niedergelegt, daß die Zugehörigkeit und die Thätigkeit für die sozialdemokratische Partei oder für die Gewerkschafts-Organisation keinen Grund für die Nichtannahme eines Arbeiters bilden dürfe, und zur Ueberwachung und Kontrolle dieser Bestimmung ein, zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehendes Schiedsgericht eingesetzt. Diese zum ersten Male erfolgte offizielle Anerkennung, daß der Arbeiter in der Verrichtung seiner gewerkschaftlichen und politischen Klasseninteressen durch den Arbeitgeber nicht behindert und geschädigt werden darf, in Verbindung mit der Thatfache, daß die Brauer, durch den ihnen zugefügten materiellen Schaden gezwungen, sich entschließen mußten, die verhasste und mißachtete Arbeiterorganisation als gleichberechtigten Machtfaktor anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln, sind sozialpolitische Erfolge allerersten Ranges und von weittragender Bedeutung — nicht nur für die Brauereiarbeiter, sondern auch für die gesamte Arbeiterklasse. Die in den statutarischen Bestimmungen des Arbeitsnachweises festgelegte Anerkennung der völligen Gleichberechtigung der Arbeiter, das Recht, in gleichem Maße, wie die Unternehmer an der Verwaltung und der Entscheidung bei Streitfällen mitzuwirken, die bindend zugesicherte Unparteilichkeit in der Besetzung der Arbeitsplätze, das sind Errungenschaften, auf die die Arbeiter Berlins mit vollem Recht stolz sein können. Wir können nur wünschen, daß die Brauerei-Arbeiter alles daran setzen, um diese von der gesamten Arbeitererschaft Berlins für das Brauereigewerbe eroberte Position durch eine starke Organisation immer mehr zu kräftigen und in einer den Arbeitern vortheilhaften Weise auszunutzen. Arbeitsnachweise mit solchen

Bestimmungen werden das Ziel sein, nach welchem andere Gewerkschaften streben, und dieser Erfolg des Bierboykotts wird für alle Zeiten den organisierten Arbeitern Berlins, die den Kampf so energisch und opfermüthig geführt und beendet haben, zum Ruhme gereichen. Auch die übrigen Errungenschaften sind allesamt von sehr erheblichem Werth für die Arbeiter. Die am 15. und 16. Mai d. Jz. entlassenen Arbeiter werden zuerst in die Listen des Arbeitsnachweises eingetragen und haben somit die erste Anwartschaft darauf, eingestellt zu werden. Bevor nicht der letzte Mann von ihnen Arbeit gefunden hat, darf kein anderer Arbeiter — abgesehen von den zugelassenen Ausnahmen, auf die jedoch die Brauer vermutlich in ihrem eigenen Interesse wenigstens für die erste Zeit verzichten werden — in den Vereinsbetrieben angestellt werden. Da die Brauereien ihre Betriebe unzweifelhaft sofort verstärken werden, ist begründete Aussicht vorhanden, daß einem großen Theil der Ausgesperrten in aller nächster Zeit Arbeit geschafft wird. Und weiter, der trotzige Hochmuth, mit dem die Unternehmer die 33 Arbeiter für immer von ihren Betrieben fernhalten wollten, ist gebrochen. Die 33 Arbeiter, denen die Thore der Vereinsbrauereien dauernd verschlossen sein sollten, sie ziehen — dank der energischen Durchführung des Boykotts durch ihre Klassengenossen — doch wieder in die Ringbetriebe ein, nur daß die Namen der Brauereien, in denen sie beschäftigt werden, wechseln. Das ist ein Erfolg, den der zielbewußte Kampf der Berliner Arbeiter errungen hat, und der um so werthvoller ist, als er Zeugniß dafür ablegt, daß gegenüber dem entschlossenen Ansturm der Arbeiterklasse die Unternehmervillkür und Mißachtung der Arbeiterrechte auf die Dauer nicht standhalten kann. Die Bestimmung, wonach bei Arbeiter-Entlassungen, die aus Anlaß der Einstellung der Mälzerei nothwendig werden, nicht die nach Beendigung des Boykotts eingestellten Brauer, sondern die in der Zwischenzeit angenommenen Arbeiter zur Entlassung kommen werden, verbürgt den Gemagregelten, welche nach achtmonatlicher Arbeitslosigkeit endlich wieder Brot für Weib und Kind schaffen können, eine dauernde Thätigkeit. Auch diese Zusicherung bildet einen erheblichen Vortheil für die Arbeiter, weil in Ausführung dieser Bestimmung die Gemagregelten des 15. und 16. Mai, soweit sie bis zum nächsten Frühjahr in Arbeit sind, nichts von den alljährlich aus Anlaß der Beendigung der Mälzereiperiode eintretenden Entlassungen zu fürchten haben. Daß die ausgesperrten Brauer und Wölcher an den Wahlen zum Kuratorium des Arbeitsnachweises betheiligat werden, ist das vollste Anerkennniß der Thatfache, daß die Entlassungen im Mai zu Unrecht erfolgt sind, und sichert den ausgesperrten Arbeitern die Möglichkeit, ihren Einfluß auf die Zusammensetzung des Kuratoriums zur Geltung zu bringen. Die Wiederherstellung der vor dem 15. Mai in den Vereinsbetrieben geltenden Arbeitszeit und Arbeitslöhne beseitigt die in einigen Vereinsbetrieben eingetretenen Minderungen und schafft in dieser Beziehung einen Zustand, den die Brauereiarbeiter selbst als zur Zeit befriedigend betrachten.

Von mancher Seite wird bemängelt, daß die Forderung bezüglich der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht aufrecht erhalten worden sei. Diese Forderung ist bereits in den Oktoberverhandlungen unter Zustimmung aller Vertreter der an dem Boykott betheiligten Arbeitererschaft als zur Zeit nicht durchführbar fallen gelassen worden. Hier handelt es sich um eine Machfrage, die erst dann im Sinne der Arbeiter durchzuführen werden kann, wenn die Organisation in allen Branchen so stark ist, daß sie den Widerstand des Unternehmertums zu brechen im Stande ist. Die Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse von Paris, Brüssel und Zürich, sowie die Resolutionen der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie von Köln und Frankfurt a. M. weisen der Arbeiterklasse den Weg. Nichts hindert uns und wird uns hindern, im Sinne unserer Kongreßbeschlüsse den Kampf für die Arbeitsruhe am 1. Mai energisch weiterzuführen. Je stärker die Organisation, desto eher werden wir die Arbeitsruhe für den Weltfeiertag des Proletariats erkämpfen.

Wenn durch die Bedingungen, unter denen der Boykott aufgehoben ist, vielleicht auch nicht alle Wünsche befriedigt sind, wenn namentlich unsere Genossen aus dem Brauereigewerbe mehr von dem Boykott erhofften, so muß doch festgestellt werden, daß alles erreicht worden ist, was zu erreichen möglich war, und daß die Arbeitererschaft Berlins allen Grund hat, mit ihren Erfolgen zufrieden zu sein. Auf dem Banner der Sozialdemokratie steht ein neuer Sieg verzeichnet — ein Sieg, dessen Bedeutung ins Klarste Licht durch die Thatfache gestellt wird, daß die zwei Forderungen der Berliner Arbeiter, die noch vor zwei

Worteln von der Ringbrauerei kategorisch abgelehnt werden und deren Ablehnung uns die Fortführung des Kampfes zur Sprengade mache, jetzt bedingungslos in der in einen ethischen Frieden einzig möglichen Form durchgeführt sind.

Das Unternehmertum hat die Macht der in ihrer Ebre angegriffenen Arbeiterschaft geföhlt, neben dem nach Millionen zählenden materiellen Schaden, den der Boykott den Kassen der Ringbrauereien zugefügt hat, ist vor aller Welt bewiesen, daß die organisierten Arbeiter Berlins stark und mächtig genug sind, um der Unternehmervillkür entgegenzuwirken, und daß sie sich nicht zum Spielball der Pannen ihrer Ausbeuter machen lassen.

Neben den sehr wichtigen Zugeständnissen und den damit verbundenen Vorteilen hat uns der Boykott den vollen moralischen Erfolg gebracht.

In dem Kampfe hat sich die Geschlossenheit und die Disziplin der Genossen glänzend bewährt. Es hat sich gezeigt, daß die Organisationen der Arbeiter den Widerstand des Unternehmertums zu bewältigen im Stande ist. Um das immer nachhaltiger, immer kraftvoller zu können, muß jeder ziel- und klassenbewußte Arbeiter es als seine höchste Aufgabe betrachten, die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse unablässig mit allen Kräften zu fördern und zu vervollkommen. Nur Macht giebt Recht. Mehr noch wie bisher muß für die Organisation gearbeitet werden, damit die jetzt erkämpften Zugeständnisse des Unternehmertums für die Arbeiter voll ausgenutzt und alle Früchte dieses Sieges auch geerntet werden.

Die Beendigung des Kampfes ermöglicht binnen kurzem einer großen Anzahl der Gemäßigten wieder thätig und heftend einzugreifen in die gemeinbare Arbeit, die auf die Befreiung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gerichtet ist. Wie wir sicher sind, daß die Brauereiarbeiter die Hilfe, welche als ein selbstverständlicher Ausdruck der Solidarität ihnen zu Theil wurde, vergelten werden durch unablässige, treue Arbeit im Dienste der proletarischen Forderungen, so sind wir auch sicher, daß die noch an den Wunden des Boykotts blutenden Genossen, die noch zeitweilig arbeitslos bleiben, von den Arbeitern Berlins nicht verlassen werden. „Alle für einen, einer für alle!“ ist auch hier unser Lozungswort. So werden wir einig, noch wie vor, in die Kämpfe des neuen Jahres gehen. Das Andrängen der Bourgeoispartei, die — ihre politische Macht mißbrauchend — Anbelage gegen die Sozialdemokratie schaffen wollen, um ihre eigenen Interessen besser vertreten zu können, wird uns entschlossen und kampfbereit finden. Dazu ist die Mitarbeit aller nothwendig. Deshalb kein Zögern und kein Schwanken. Der Bierkrieg liegt hinter uns. Vorwärts zu neuem Kampfe!

Guch die Sozialdemokratie!

(„Vorwärts“.)

Der Werth der Statistik.

Wir leben in dem Zeitalter der statistischen Aufnahmen! Alles wird heute aufnotirt, berechnet, kalkulirt und verglichen. Der Großindustrielle, der Banquier, der kleine Handwerker und auch der Staat, sie alle buchen ihre Ausgaben und Einnahmen, notiren ihre Vorräthe und berechnen Gewinn und Verlust; und das alles, um ihre Lage, den Stand ihres Geschäftes leichter zu übersehen und nichts aus dem Gedächtniß zu verlieren. Und so ist heute sogar ein jeder, der sein Geschäft kaufmännisch betreibt, auch geistlich verpflichtet, Bücher zu führen.

Doch damit war es noch nicht genug. Unter den einzelnen Berufsorganisationen und Gesellschaften wurde wieder die Bedeutung der Zusammenstellung der individuellen Zahlen zu einem Ganzen anerkannt, das die gesamte Branche des betreffenden Geschäftes oder Berufszweiges in einer Stadt oder im ganzen Lande umfaßt. So entstanden statistische Aemter für Handel und Gewerbe, und durch deren Zusammenfassung von vielen einzelnen Geschäftsberichten zu einem Ganzen war es möglich, ein Bild über die Lage der gesamten Branche zu geben.

Daß die statistischen Aufnahmen auch sehr bald auf andere Zweige des öffentlichen Lebens übertragen wurden, war selbstverständlich und so sehen wir heute, wie Statistiken über Bevölkerungsbewegung, Gesundheitsverhältnisse, militärische Angelegenheiten, ja sogar Verbrechen aufgenommen werden. Beruht doch unser ganzes Steuerhystem auf statistischen Erhebungen, ebenso unsere Volkszählungen, Militäraushebungen zc.

Wiel zu wenig noch haben die Arbeiter die Bedeutung der Statistik erkannt; noch oft triff man, wenn irgend eine Gewerkschaft eine solche aufnehmen will, auf Unlust oder Feindseligkeit seitens vieler. Die Erklärung dafür ist wohl darin zu suchen, daß Verschiedene sich scheuen, ihre Verhältnisse, die oft zu wünschen übrig lassen, zu offenbaren. Das beweist aber gerade unsere obige Behauptung, und es ist sehr traurig, wenn die Fachorganisationen, die doch eine Verbesserung dieser Verhältnisse herbeiführen, so in ihrem Wirken gehemmt werden. Nur durch die nackte Bloßstellung der schlechten Arbeitsbedingungen ist es überhaupt möglich, dieselben günstiger zu gestalten, denn täglich, ja stündlich, werfen die Arbeitgeber uns vor, wir verdienen noch übergenug, so daß sie sich nicht veranlaßt sehen, unsere Forderungen zu bewilligen. Aber gerade dieselben Arbeitgeber sind es auch, die den Einzelnen in seinem Indifferenzismus den statistischen Aufnahmen gegenüber noch bestärken, weil sie eben diese Zahlen scheuen. Ja, sie scheuen diese Zahlen wie Gift! „Zahlen beweisen.“ Die Arbeitgeber jedoch wollen von unseren Beweisen nichts wissen. Sie werfen uns vor, diese Zahlen seien falsch, oder verdrehen und verdunkeln dieselben, so daß ein ganz anderes Bild dabei herauskommt.

Nun, die Arbeiter wären unklug, wollten sie ihre Lage schwarzer schildern, als sie in Wirklichkeit ist, denn sie würden nicht nur ihre ganze Statistik bloßstellen, sondern auch den Werth derselben vernichten und sich selbst betrügen.

Jedoch ist ihre Lage meist so traurig, daß sie gar nicht nöthig haben, dieselbe noch schwarzer zu malen. Aber sie haben auch keine Veranlassung, dieselbe rosig zu schildern, als sie ist; diese Selbsttäuschung oder falsche Scham würde ihnen die schwersten Folgen bringen.

Erst kürzlich hatten wir Gelegenheit, zu beobachten, wie die Industriearbeiter und ihre Presse vor Wuth schäumten, weil der Abgeordnete Bebel und die Arbeiterpartei sich erdreisteten, eine Statistik über das Truckhystem zu veranlassen. Nicht nur Verleumdungen niedrigster Art, an denen die Reptilien sich förmlich zu überbieten schienen, konnte man lesen, sondern auch Drohungen gegen die Arbeiter, welche diese Statistik förderten, waren der Ausdruck dieses Hasses. Sie fürchteten, diese Statistik könnte in den Händen der Arbeiter eine sehr gefährliche Waffe werden. Aber die Arbeiter, welche die Bedeutung derselben anerkannt haben, werden sich wenig um die Furcht oder Wuth der Arbeitgeber scheeren, und wir hoffen, daß diese Statistik über das Truckhystem manchen Uebelstand offenbart, den wir den Herren so recht unter die Augen halten können.

Aber diese gemeinen Verleumdungen der Arbeiterstatistik erreichen gerade das Gegentheil ihres Zweckes; so mancher Arbeiter, der bisher unseren Bestrebungen indifferent gegenüberstand, wurde erst dadurch aufmerksam und steht heute auf unserer Seite. So machen Gegner für uns Propaganda!

Der Nutzen der Statistik ist nicht immer ein sofortiger, und oft nicht leicht zu erkennen, aber er ist weittragend und wird von jedem, der unsere wirtschaftlichen Verhältnisse beobachtet hat, anerkannt. Die Statistik ist eben nur ein Palliativmittel unserer Arbeiterbewegung, wie auch der Streik, Boykott u. A. Aber dadurch, daß man die Schäden und Uebelstände in Buchstaben und Zahlen feststellen und den Gegnern vor die Augen halten kann, — indem man ferner auf Grund dieser Zahlen geeignete Forderungen stellen kann, wurde die Statistik zu einer wichtigen Grundlage der Arbeiterbewegung, und wenn heute ein Streik arrangirt wird, so ist eine statistische Aufnahme aller Mißstände die erste Vorbedingung. Bei Kongressen, Parlamenten und Schiedsgerichten liefern die Statistiken das wichtigste Material zu Anträgen, Debatten und Gesetzesvorschlägen. Bei Arbeiterschutzesen, sowohl von den Regierungen, als auch von den Arbeitern ausgehend, sind sie unentbehrlich, und die Regierungsenquete über die Sonntagsarbeit, wie auch die oben genannte Statistik über das Truckhystem liefern den Beweis, daß die verschiedensten Parteien von ihrem Werthe überzeugt sind. Daß natürlich eine Statistik, die höchst einseitig aufgenommen wird, nie die wahren Uebelstände ans Licht bringt, daß diese Zahlen bei geschickter Verdrehung ganz anders aussehen, muß anerkannt werden. Da haben aber die Arbeiter die Pflicht, die Thatsachen sofort wieder richtig zu stellen und die Mängel unserer heutigen Sozialreform sind auch zum Theil eine Folge der großen Säumnigkeit der Arbeitermassen.

Von unschätzbarem Werth wird es sein, wenn unsere werthen Leser die mit dieser Nummer versandten Fragebogen nach jeder Einsicht wahrheitsgetreu und gewissenhaft ausfüllen.

Nun wird es Aufgabe der Kollegen sein, sich energisch und fleißig an diesen Erhebungen zu betheiligen, unbekümmert darum, ob es den Brauereibesitzern recht ist oder nicht. Wenn ein jeder seine Pflicht erfüllt, dann werden wir uns Material verschaffen, auf Grund dessen wir den Beweis führen können, wie elend die Lage der Brauereiarbeiter ist.

Korrespondenzen.

Kollegen! Vergesst der Ausgesperrten nicht!

Zur Beachtung! Die verehrlichen Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf schmalen Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

Hannover. Auf das „Eingefandt“ aus Hamburg-Eidelstedt in Nr. 50 sehen sich die sieben Mälzer der Brauerei Eidelstedt veranlaßt, uns eine Erwiderung darauf zu senden, nebst einem Schreiben, daß die Erwiderung (welche nebenbei bemerkt gar keine ist, denn auf die im „Eingefandt“ angeführten Thatsachen geht sie gar nicht ein) aus „freiem“ Willen von ihnen gegeben ist. Das Schreiben sowohl als die Erwiderung sind von einer ausgezeichneten Hand geschrieben, welche wir im Komptoir vermuthen, und die sieben Mälzer haben jedenfalls nur ihre Namen darunter gesetzt. Die „freiwillige“ Erwiderung und das Schreiben machen im Stil, als im Aussehen den Eindruck, als ob sie nicht „freiwillig“ von den sieben Hasenfüßen ausgegangen, sondern daß man jenen das Schreiben nur zur Unterschrift vorgelegt. Wie derartige freiwillige Erwiderungen entstehen, haben wir schon oft Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, und lassen wir, obwohl der Raum unserer Zeitung eigentlich zu kostbar ist, hiermit zur Beurtheilung und als Gegenstoß zum „Eingefandt“ des Kollegen H., Schreiben und Erwiderung folgen:

Eidelstedt, den ten Dezember 1894.

An die verehrliche Redaktion der „Brauer-Zeitung“ in Hannover!

Verehrliche Redaktion bitten die unterzeichneten Mälzer der Brauerei Eidelstedt höflichst um gefl. Aufnahme der hierneben erfolgenden Erwiderung, auf das betr. „Eingefandt“, in Ihre geschätzte Zeitung.

Wir erklären ausdrücklich, daß diese Erwiderung, welche zur Steuer der Wahrheit dient, aus freiem Willen von uns gegeben ist.

Unter bestem Dank zeichnen der verehrlichen Redaktion

ergebenste
Wiefe. Breithaupt. Benzel. Moeller. Bestmann.
Sebalb. Kimmeler.

In einem mit H — unterzeichneten „Eingefandt“ dieser Zeitung, vom 15. Dez., wird versucht, die Be-

triebsleitung der Barmbecker Brauerei, Abth. Eidelstedt, der Entlassung eines Brauers, wegen geringfügigen Verfehlers, zu beschuldigen.

Daneben wird dem Obermälzer Meyer in gehässiger Weise Pflichtverletzung vorgeworfen; die Kollegen, welche ihrer Pflicht gewissenhaft nachkommen, werden als gutgesinnte Schächsen bezeichnet und durch Entstellung von Thatsachen wird, mit nicht zu verkennenden Absicht, der Schein zu erwecken versucht, als ob fortgesetzte Unregelmäßigkeiten in der Brauerei vorkämen.

Mit solchen Nachprodukten wird uns Arbeitern, bei dem Bestreben zur Erreichung einer besseren Lage, nicht gebietet.

Die unterzeichneten Mälzer der Brauerei Eidelstedt nehmen daher Veranlassung, aus eigenem Willen, der Wahrheit gemäß zu erklären, daß der Obermälzer Meyer in Eidelstedt außergewöhnliche Leistungen nicht von uns verlangt, daß er, wo nöthig, stets am Platz ist und namentlich gleich, nachdem er geweckt worden, in der Brauerei erscheint.

Ueber das Wohnen in oder außerhalb der Brauerei sind uns Vorschriften nicht gemacht.
Eidelstedt, den 17. Dezbr. 1894.

Die Mälzer der Eivoli-Brauerei.

— Von Herrn Offrath erhalten wir folgende Notiz als Antwort auf den Bericht der Kollegen der Brauerei Dietrich in Düsseldorf in Nr. 49. Er schreibt:

„Ich habe nicht sofort, sondern nach meinem Eintreffen in meinem Logis gemerkt, daß mir die Spigen fehlten. Am anderen Morgen bin ich wieder auf die Brauerei gegangen und habe dieses erzählt. Ich habe allerdings beim Portier einiges ausgepackt, was für die Kutcher der betreffenden Brauerei paßte, dieses habe ich auch richtig wieder in Koffer gepackt, von daher wäre also der Diebstahl ausgeschlossen. Die Kollegen von Düsseldorf hätten doch erst die Sache untersuchen sollen, ehe Sie einen alten Mann von 52 Jahren der den Kollegen von Rheinland und Westphalen nur als ehrlicher Mensch bekannt ist, die Ehre in dieser Weise abschneiden und Ihm in seinem Geschäft schädigen ich bin gern bereit den Kollegen von Düsseldorf den Fall ausführlich klar zu legen wenn Sie es wünschen.“

Fritz Offrath, Reisender.“

Wir haben vorstehender Notiz die Aufnahme nicht verweigern wollen, damit es nicht heißt, wir handelten einseitig. Aber Herr Offrath möge sich auch nicht gegen das vertheidigen, was nicht gesagt ist. Von ihm ist die Verdächtigung ausgegangen, und die Kollegen in der Brauerei Dietrich beanspruchen auch etwas Ehre. Damit ist die Angelegenheit für uns erledigt.

Hannover. Zur Charakterisirung der Verhältnisse in den Brauereien entnehmen wir einem Augsburgener Totalblätchen folgendes Inserat: „Gesucht wird ein tüchtiger Pfannenbursche und ein Oberbursche, Lohn 65 Mk. (NB. ohne Kost!)“ — Kommentar überflüssig.

— In dem Protokoll aus Hamburg in der letzten Nummer der „Brauer-Ztg.“ steht u. A. auch, die Vereinsbrauerei habe nichts für die Ausgesperrten gesammelt. Um eine Verwechslung mit der Vereinsbrauerei Bergedorf zu vermeiden, theilen wir mit, daß es die Vereinsbrauerei Borgfelde ist.

Berlin. Die ausgesperrten Brauereiarbeiter und Wötcher waren am 26. Dezember in Nies's Salon, Weberstraße, versammelt, um einen Vortrag des Genossen Singer zu hören der über die Bedingungen, unter denen die Aufhebung des Boykotts den am 28. Dezember stattfindenden Volksversammlungen empfohlen wird, referirte. Der Redner verlas den von dem Verein der Brauereien beschlossenen Arbeitsnachweis und gab eine Darstellung des Verlaufs des Boykotts und der bisher ergebnislos verlaufenen Verhandlungen mit den Ringbrauereien. Zur Schilderung der letzten Verhandlungen übergehend, theilte Singer die Entstehungsgeschichte des Schiedsgerichts-Paragraphe im Arbeitsnachweis mit, besprach eingehend die von uns bereits veröffentlichten sieben Zusicherungen des Vereins und führte aus, daß nach Lage der Verhältnisse die Aufhebung des Boykotts im Interesse der Brauerei-Arbeiter liege, welche dadurch eher wieder in Arbeit kommen würden, als bei Fortführung des Boykotts. Wenn auch nach Ansicht des Redners nicht von einem vollen Siege der Arbeiter gesprochen werden könne, so bedeute ein unter solchen Bedingungen erfolgter Abschluß des Boykotts einen durchaus ehrenvollen Vergleich, dessen sich die Arbeiter wahrlich nicht zu schämen brauchen. Die Wiedereinstellung der 33 Arbeitnehmer, welche die Vereinsbrauereien früher nicht wieder in ihre Betriebe aufnehmen wollten, sowie die Zusicherung, daß bei aus Anlaß der Einstellung der Mälzerei nothwendig werdenden Entlassungen nicht in erster Linie die nach Beendigung des Boykotts eingestellten Arbeiter ausgestellt werden, seien werthvolle Zugeständnisse an die Arbeiter. Auch die Betheiligung der Gemäßigten an den Wahlen für das Kuratorium des Arbeitsnachweises sei ein nicht zu unterschätzendes Moment für die Anerkennung des an den Arbeitern begangenen Unrechts, und die Bestimmung des Arbeitsnachweises, wonach die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsorganisation, sowie die Thätigkeit für dieselben keinen Grund für die NichtEinstellung von Arbeitern bilden dürfe, sei ein sozialpolitischer Erfolg von erheblicher Tragweite. Der Versuch, alle am 15. und 16. Mai v. J. entlassenen Arbeiter sofort wieder in Arbeit zu bringen, sei an dem bestimmten Widerstande der Brauereien und an den tatsächlichen Verhältnissen gescheitert. Die Boykott-Kommission und eine größere Anzahl Genossen, die mit der Angelegenheit befaßt gewesen sind, hätten sich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, auf Grund dieser Zusicherungen den Volksversammlungen die Aufhebung des Boykotts zu empfehlen. Der Referent bittet die ausgesperrten Arbeiter, auch in Rücksicht auf die in gegenwärtiger Situation mehr als je nothwendige politische Agitation, den auf Aufhebung des Boykotts gerichteten Bestrebungen keinen Widerstand entgegenzusetzen und schließlich seinen Vortrag, indem er die Versammelten auffordert, alles

aufzubieten, um die Organisation der Brauereiarbeiter zu kräftigen, denn nur eine starke Arbeiterorganisation vermöge, Erdringen festzuhalten und neue Vorteile zu erobern. Die Berliner Arbeitererschaft werde die nach Beendigung des Boykotts noch arbeitslos bleibenden Brauereiarbeiter und Wirtsher nicht verlassen.

In der an das Referat anschließenden langen Diskussion, an der sich eine größere Anzahl der ausgesperrten Arbeiter beteiligten, traten die meisten Redner dem Referenten entgegen. Die gemachten Zusicherungen hätten, so wurde ausgeführt, keine Bedeutung. Die Ausgesperrten kämen doch nicht wieder in die Vereinsbetriebe. Nach gemachten Erklärungen dürfe man kein großes Vertrauen in die lokale Ausführung der Bedingungen setzen. Die anscheinend arbeiterfreundlichen Bestimmungen des Arbeitsnachweises würden nur auf dem Papier stehen bleiben, praktisch aber nicht durchgeführt werden. Am meisten wurde die Bestimmung des Arbeitsnachweises, nach welcher es den Brauereien frei steht, einen bestimmten Prozentsatz von Arbeitern ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einzustellen, bekämpft. Diese Bestimmung mache den ganzen Arbeitsnachweis und die Vorteile des Schiedsgerichts illusorisch. Letztere Auffassung zeitigte einen Antrag des Genossen Schneider, nach welchem die Boykottkommission beauftragt werden sollte, dem Verein der Brauereien den Vorschlag zu machen, diesen Prozentsatz auf die Hälfte herabzusetzen. Im Ablehnungsfalle solle der Boykott fortgesetzt werden. Einige Redner traten gegen die gar zu pessimistische Auffassung der Bedingungen auf und führten aus, daß das eigene Interesse die Vereinsbrauereien veranlassen werde, die Versprechungen loyal auszuführen, und daß bei Beendigung des Boykotts bald bessere Zustände für die Ausgesperrten eintreten würden, während bei der Fortführung des Boykotts dies nicht der Fall sein könnte. Nach Schluß der allgemeinen Diskussion wurden die eingegangenen Anträge verhandelt.

Genosse Schneider begründete seinen Antrag auf Herabsetzung des Prozentsatzes.

Singer befrwortete die Ablehnung des Antrages, weil die Boykottkommission nicht in der Lage sei, neue Verhandlungen anzuknüpfen, sondern an den getrockneten Verhandlungen festhalten müsse. Falls der Boykott aufgehoben würde, könne man später den hoffentlich nicht aussichtslosen Versuch machen, in Verhandlungen mit dem Verein den Prozentsatz niedriger zu bringen, denn Herr Köstke habe sich nicht abgeneigt erklärt, für die großen Betriebe eine Herabsetzung eintreten zu lassen. Jetzt aber müssen die Arbeitervertreter ihr Wort halten und könnten einen solchen Auftrag der Versammlung nicht zur Ausführung übernehmen. Was die Befürchtung, die Brauereien würden die Zusicherungen nicht loyal ausführen, anlangt, so theile er, Redner, diese Auffassung nicht. Im übrigen gebe es Mittel und Wege, derartigen Gelüsten einen Riegel vorzuschieben. Den Brauereien müsse und werde daran liegen, den mühsam errungenen Friedenszustand nicht durch unloyales Auftreten wieder zu stören.

Hierauf wurde der Antrag Schneider gegen wenige Stimmen abgelehnt. Ein anderer Antrag Steiner, der eine sachliche und friedliche Verhandlung über die Mängel des Arbeitsnachweises mit dem Verein durch eine Kommission von drei Mitgliedern anbahnen wollte, wurde ebenfalls als zur Zeit gegenstandslos abgelehnt. Der Antrag, welcher den Wunsch nach Veröffentlichung des Arbeitsnachweises ausdrückte, wurde angenommen.

Mit einem begeisterten Hoch auf die Solidarität der Arbeiter wurde die in musterhafter Ruhe und Ordnung verlaufene vierstündige Versammlung geschlossen.

Duisburg. Gegen die Bergschloßbrauerei war seiner Zeit, wie den Kollegen bekannt ist, seitens der Arbeiter ein Boykott verhängt worden. Hier Personen waren wegen ihrer Mitwirkung dabei unter Anklage gestellt; sie sollten Erpressungsversuche begangen haben. Den Beteiligten ging nun dieser Tage die Mitteilung zu, daß der Staatsanwalt die von ihm eingelegte Revision gegen das am 31. Juli auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten lautende Urteil des Landgerichts zurückgezogen habe. Des allgemeinen Interesses halber lassen wir hier die Hauptpunkte der Urteilsbegründung, wogegen sich auch die Revision des Staatsanwalts richtete, folgen: „Zum Thatbestand der Erpressung gehört die Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Diese Absicht konnte indessen bei den Handlungen nicht festgestellt werden, da den Handelnden das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehlte. Sie suchten bei ihrem Auftreten gegen die Bergschloß-Brauerei die Wiederannahme der entlassenen Brauer unter den von diesen gewünschten Bedingungen durchzusetzen. Ihr Ziel war also der Abschluß eines Vertrages, in welchem auf der einen Seite die Arbeitskraft der Arbeitnehmer, auf der anderen Seite die Gewährung von Lohn, Unterkunft, Naturalien in bestimmter Beschaffenheit stehen sollte. Ob das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung den beiderseitigen Werten tatsächlich entsprach, mag dahingestellt bleiben; der beanspruchte Lohn und Freitrunk war jedenfalls früher gegen dieselbe Arbeitsleistung gewährt worden. Soviel muß aber für erwiesen angenommen werden, daß in den Augen der Arbeitnehmer, und namentlich hier der Angeklagten, die erstrebte Entschädigung eine angemessene Gegenleistung für ihre Arbeitskraft darstellte. Weil sie aber dieser Meinung waren, so mußte ihnen das Bewußtsein der Erstrebung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils fehlen. Hiermit war die Anwendung des § 253 Str.-G.-B. ausgeschlossen und ein Eingehen auf weitere rechtliche Bedenken, namentlich auf § 152 Gew.-Ordnung, unnötig.“ Der Staatsanwalt hat sich also diesem Urteil gegenüber eines besseren besonnen.

Stel. Die regelmäßige Monatsversammlung fand am 18. Dezember im Lokale des Herrn Einfeldt statt. Zunächst ließen sich einige Mitglieder neu aufnehmen, worauf der Lokalkommission betrefßs Eisenrieth das Wort erteilt wurde. Die Darlegungen waren in allen Theilen befriedi-

gend. — Sodann erfolgte ein Bericht, welcher die Tabackarbeiter zu unterstützen empfahl. — Eine längere Debatte entspann sich behufs der Weihnachtsunterstützung an die zugereisten Kollegen. Schließlich einigte man sich dahin, daß jedes Verbandsmitglied für 5,60 Mark freie Verpflegung am heiligen Abend und den beiden Festtagen inkl. Logis erhalten soll. Ferner sollen Sammellisten für die Ausgesperrten herangezogen, damit auch diese eine kleine Weihnachtsfreude erhalten können. Gegen 11 Uhr erfolgte der Schluß der Versammlung.

Köln. Am Dienstag, den 11. Dezember, fand im Vereinslokale im „Schwarzwald“ die übliche Monatsversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Aufnahme und Auslage. 2. Endgiltige Beschlußfassung über den Fall Schieffer. 3. Stellungnahme zu den Vorkommnissen in der Brauerei Berners. 4. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und der 1. Punkt auch mit erledigt war, schritt man zur Verhandlung des 2. Punktes. Als Vertreter des Mülheimer Zweigvereins mit gebundenem Mandat waren 6 Mitglieder erschienen. Dieselben legten den Versammelten die Beschlüsse ihres Zweigvereins, wonach Schieffer ausgeschlossen bleiben soll, kurz dar. Für Kollege Schieffer, welcher wegen Arbeit am Erscheinen verhindert war, trat Kollege Sehl warm ein. Er führte aus, daß nach den Darlegungen der Mülheimer Deputation er nicht ersehen könne, daß Kollege Schieffer sich gegen das Verbandsstatut vergangen habe, und wir uns doch nur strikte nach diesem zu richten hätten. Alles übrige sei nicht maßgebend, gegen einen Kollegen, der stets für den Verband thätig gewesen wäre, so vorzugehen. Da müßten alle kleinen und persönlichen Ansichten fallen. Wohlbedauere auch er, wenn sich ein Mitglied in moralischer wie sittlicher Beziehung nicht so aufführte, wie es einem organisierten Arbeiter gezieme, trotz alledem sei das aber noch immer nicht ein Grund zum Ausschluß. Diesen Ausführungen schloß sich der Vorsitzende Kollege Thönessen an und geistelte besonders noch den Ausspruch verschiedener Mülheimer Mitglieder, welche geäußert haben sollen, daß, wenn Schieffer nicht ausgeschlossen werde, sie austreten würden. Das seien Kollegen, die die hohen Ideale unserer Bestrebungen kleinen Sachen gegenüber hintansetzen, und dieses sei tief zu bedauern. In diesem Falle solle nur gerecht und nach dem Statut gehandelt werden. Hierauf erklärte Kollege E. Unruh, seinen Bruder als Zeugen bezeichnend, daß Schieffer den Ausspruch gethan hätte: „Ja, schließt mich nur aus, macht, daß ich aus dem Verbanne herauskomme!“ Mit hin sei Schieffer schon freiwillig ausgetreten. (Wozu denn alle diese Verhandlungen? Amm. des Schriftführers.) Der Vorsitzende erklärte, er betrachte durch diese Erklärung den Punkt als erledigt, und die Versammlung beschloß in diesem Sinne, daß also Kollege Schieffer als aus dem Verbanne ausgetreten zu betrachten sei. — Zu Punkt 3 beschloß man, die Vorkommnisse bei Berners in einer öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung zur Verhandlung zu bringen, und wählte man eine Kommission, welche die nötigen Schritte zu dieser Versammlung thun soll. — Unter „Verschiedenes“ bemerkt Kollege Recht, daß seine Erkundigungen beim Herbergswirth zu unserer Befriedigung ausgefallen seien, und er folgende Norm wegen des Uebervachtens der fremden Mitglieder mit dem Wirtse abgeschlossen habe: für Schlafen in gutem Bett und Morgentasse 40 Pf.; auf Verzehr sind die sich dort aufhaltenden Kollegen nicht angewiesen; im Uebrigen haben sie sich der von der Kartellkommission genehmigten Hausordnung zu fügen. Damit war man einverstanden, und soll die Publikation im Verbandsorgan erfolgen. Darauf erfolgte um 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Soziale Rundschau.

Berlin. Wie der Boykott wirkt, das hat auch die Schloßbrauerei Schöneberg verspürt. In dem Geschäftsberichte für das Jahr 1893/94 wird zugestanden, daß einen fühlbaren Schaden auch der im Mai über die Berliner Brauereien verhängte Boykott brachte. Wäre es im ersten Halbjahre gelungen, gegen das Vorjahr wiederum einen Mehrertrag zu erzielen und hätte eine noch größere Ausdehnung des Geschäfts erwartet werden können, so sei doch durch das erwähnte Ereigniß dieser weiteren Steigerung ein Ziel gesetzt worden. Die Brauerei verlor einen Theil ihrer Kundenschaft und die Kaufkraft der treugebliebenen Wirthe verminderte sich.

Ganz nach unseren Wünschen!

1 085 725 Mark. — diesen stattlichen Betrag haben die Magazinen der Braupfanne in dem nun sieben Monate währenden Kampfe des zielbewußten Proletariats der Hauptstadt des Reiches der Gottesfurcht und der frommen Sitte gegen die krafftlose Kapitalistenbrutalität als Kriegskontribution zahlen müssen, und zwar erstreckt sich dieser Betrag, abgesehen vom böhmischen Brauhaus, dessen Geschäftsjahr am 31. v. Mts. endet, nur auf die Zeit vom Mai bis 30. September. Nachdem wir bereits in unserer Nummer 289 vom 29. v. Mts. unter der Spitzmarke „Die ersten Zehn vom Schultze-Regiment“ eine Uebersicht über den Dividenden-Ausfall der boykottirten Brauereien pro 1893/94 gebracht haben, wollen wir, da jetzt sämtliche Geschäftsberichte der am Boykott beteiligten Brauerei-Aktiengesellschaften erschienen sind, unseren Lesern ein ausführliches und übersichtliches Tableau vorführen, welches die Ziffern des Reingewinnes im Vergleich mit denen des Jahres 1892/93 enthält. Diese Art der Vergleichung gewährt wohl das zutreffendste Bild, mit welcher Wucht der Boykott gewirkt hat. Zur näheren Erläuterung bemerken wir, daß bei der Brauerei Friedrichshain, welche ja bekanntlich mit einer Unterbilanz von ca. 76 000 Mk. abschließt, und bei der Brauerei Moabit der Brutto-Gewinn angeführt ist, und daß die Ziffer beim böhmischen Brauhaus den Dividenden-Ausfall von 3 Proz. auf ein Aktienkapital von 3 300 000 Mk., gleich 99 000 Mk., — das Erträgniß pro 1894 wird an der Börse auf 9 Proz. gegen 12 Proz. pro 1893 geschätzt — dargestellt. Wir erhalten dann folgendes Bild:

	Reingewinn	Verlust
Schultze	1893/94 807 664	1892/93 906 805
Spanbauerberg	151 586	286 247
Norddeutsche	446 580	571 958
Friedrichshain	207 091	319 497
Lagener	425 485	516 250
Brauerbräuerei	171 017	253 744
Moabit	86 795	165 408
Schöneberg	229 860	317 522
Bergschloß	138 831	171 119
Unions-Brauerei	152 190	182 091
Victoria-Brauerei	104 720	126 913
Königsstadt	217 649	218 639
		986 725
		1 085 725

Böhmisches Brauhaus 3 Proz. Dividenden-Ausfall
Insgesamt 1 085 725

Die Brauerei Pfefferberg und die Wockbrauerei sind in vorstehender Tabelle nicht aufgeführt, weil diese einen Ausfall des Reingewinns nicht aufweisen, trotzdem das erstere Unternehmen einen Mindereertrag von 5 61 Hektolitern (4 149 Tonnen im Werthe von ca. 102 000 Mk.) im Geschäftsbericht auführt.

1 085 725 Mk., fürwahr eine beträchtliche Ziffer, welche die Ritter von der Malzdarre bis zum 1. Oktober an Buße zu zahlen hatten. Möge dies ausgezeichnete Resultat alle Arbeiter und Parteigenossen anspornen zu fernere treuer Ausdauer in dem uns aufzugehenden Kampfe!
(„Vorwärts.“)

Die Klein- und Mittelbrauereien. In Nr. 105 der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin, vom 16. November d. J., schreibt ein Braumeister sehr richtig: „Wie in manchem andern Handwerke, so liegen auch in der Brauerei die kleinen und mittleren Betriebe unter dem theilweise wenig schönen Wettbewerbe der Großbrauereien darnieder. Es ist für erstere fast nicht mehr möglich, mit Erfolg zu arbeiten. Durch die nur dem Großkapital gebotenen theueren, vortheilhafteren technischen Einrichtungen, die eine bedeutend bessere Ausnutzung der in der Brauerei verwendeten Materialien, Malz und Hopfen, gestatten, sowie durch den bei der Massenerzeugung verhältnißmäßig geringeren Arbeitslohn sind diese Bierfabriken in den Stand gesetzt, ihr Erzeugniß zu einem bedeutend billigeren Preise zu verkaufen als der Kleinbrauer. Die Großbrauereien thun dies auch fast sämtlich und schleudern zum Theil geradezu mit den Preisen, um auf Kosten der Kleinbrauereien ihren Absatz zu vergrößern und hierdurch wieder, wie aus dem Vorhergesagten erklärlich ist, entsprechend günstiger zu arbeiten. Die Kleinbrauer wären heutzutage meistens glücklich, wenn sie nur den Preisunterschied verdienen, um den die Großbetriebe billiger als sie arbeiten. Durch die Preiserschleuderei sind die Kleinen aber gezwungen, ebenfalls mit dem Preise herabzugeben und sich so des größten Theiles ihres fargen Verdienstes zu begeben. Schlechter bezw. schwächer können sie einfach ihr Bier nicht brauen, da sie sonst überhaupt nicht mehr wettbewerbsfähig bleiben. Es giebt Kleinbrauereien, die in Jahren, wo die Preise der Rohmaterialien hoch sind, überhaupt nichts verdienen, ja sogar bei genauer kaufmännischer Rechnung (die in vielen kleinen Geschäften leider immer noch fehlt) Geld zusehen. Diese arbeiten nur weiter, weil sie auf folgende günstigere Jahre, oder auch darauf hoffen, daß sich die Regierung endlich entschließt, eine gerechte Staffeltersteuer einzuführen. Die Malzsteuer auf den Zentner müßte sich nach der letztjährigen Jahresverschrotung der einzelnen Brauerei richten. Diese Staffeltersteuer müßte von einer Kommission von Fachleuten, die natürlich nicht nur aus den paar im Reichstage sitzenden Vertretern des Großbetriebs bestände, sachgemäß und gerecht festgestellt werden. Gewöhnlich geben sich einzelne dieser Vertreter als die Vertreter aller Brauereien, und glauben, daß ihre eigene Ueberzeugung für alle maßgebend sein müsse. In jener denkwürdigen Berliner Brauerverammlung gegen Erhöhung der Brausteuer im Jahre 1892 ließen die Herren kleinen Kleinbrauer zu Worte kommen. Es hat sich ja seit einigen Jahren ein „Verein der mittleren und kleinen Brauereien“ gebildet. Dieser Verein hat bis jetzt nach meiner Ueberzeugung in der Deffentlichkeit zu wenig zur Erreichung seiner Ziele gethan. Es genügt nicht, wenn dafür in einer bestimmten Fachzeitschrift Propaganda gemacht wird. Bei der überaus großen Wichtigkeit des Gegenstandes — der Existenzfrage für viele Brauereibesitzer und -Pächter — muß entschieden mehr in der Deffentlichkeit dafür gethan werden. Der Nothstand ist in den Kleinbetrieben wirklich schreiend; die Statistik giebt davon ein getreues Bild. Von im Jahre 1891/92 im Norddeutschen Brauereigebiet im Betrieb gewesenen 1154 Brauereien, die bis 3000 Mk. jährliche Malzsteuer bezahlten, waren im Jahre 1892/93 nur noch 926 vorhanden. Nur 23 von diesen hier fehlenden 228 Brauereien hatten über 3000 Mk. versteuert, waren also in eine höhere Steuerstufe gekommen. Die übrigen 203 kleinen Brauereien oder 22 Prozent waren verschwunden, d. h. 203 Besitzer waren, um mit den Sozialdemokraten zu reden, proletarisirt, und zwar zu Gunsten des vergrößerten Umsatzes des Großbetriebes. Und wie viele Besitzer winden sich, wie oben angedeutet wurde, nur so durch, um nur ihren Besitz zu erhalten und nicht als Lohnarbeiter in den Großbetrieben ihren Unterhalt verdienen zu müssen! Jedenfalls muß dieser Noth abgeholfen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ würde sich des Beifalles aller Kleinbrauer erfreuen, wenn sie sich der Sache nach Kräften annehmen wollte.“

Die Hessische Aktienbrauerei veröffentlicht im „Kasseler Tageblatt“ einen Theil ihres Jahresberichts. Es heißt da: In 1893/94 ist die Produktion gegen das Vorjahr von 43 861 Hektolitern auf 40 876 Hektolitern und der Absatz von 43 760 Hektolitern auf 40 946 Hektolitern zurückgegangen. Trotz des verringerten Absatzes haben sich die Brutto-Einnahmen für Bier und Nebenprodukte nur um 5136 Mk., auf 842 180 Mk., ermäßigt. Nach Abhebung der Unkosten, Zinsen (1892/93 23 706 Mk.), Mieten (1892/93 29 257 Mk.) ergibt sich ein Betriebsüberschuß von 140 046 Mk., wovon nach Abhebung von 50 418 Mk. (1892/93 55 534 Mk.) Abschreibungen netto 95 669 Mk. (1892/93 131 783 Mk.) bleiben. Die Aktionäre erhalten

7 Prozent (1892/93 8 Prozent) Dividende, die Reserve wird durch Zuweisung von 1519 Mk. auf ihren Höchstbestand von 100 000 Mk. gebracht. Auf das Grundstück „Zur Stadt Stuckhofen“ in Kassel wird eine Extra-Ab-schreibung von 12 000 Mk. vorgenommen. — Zum Schlusse wird dann gesagt: „Das ungünstigere Resultat wird mit der ungünstigen Geschäftslage, dem 10 Monate dauernden Boykott der Sozialdemokraten und den schlechteren Witterungsverhältnissen erklärt.“ — Einen Umstand hat die Brauerei dabei vergessen, den nämlich, daß jenes Spießbürgervolk, welches einzelne Geschäftsleute, Brauereien zwingt, die Sozialdemokraten als nicht gleichberechtigt mit der übrigen Kundschaft zu behandeln, es nachher aber jenen Geschäftsleuten überläßt, wie sie in ihrem Kampfe mit der Sozialdemokratie fertig werden. Zu feige, sich in einen Nebekampf mit den Sozialisten einzulassen, ist dieses Pack hernach ehelos genug, auch die noch im Stich zu lassen, die die Spießbürgersippe durch Verweigerung der Lokalitäten der Sozialdemokratie gegenüber der Nothwendigkeit überheben, in den gefährlichsten „geistigen Kampf“ gegen die notwendige wirtschaftliche Umwälzung einzutreten.

Bekanntmachung.

Mit dieser Nummer werden die Fragebogen versandt, behufs Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik für das Jahr 1894. Ein jeder Brauereiarbeiter kann sich daran betheiligen, es muß aber bemerkt werden, ob er Hilfsarbeiter, Brauer, Aufseher, Wütcher u. s. w., ob er arbeitslos war oder nicht. Wir werden dann von jeder Stadt konstatiren, wie viele sich an der Statistik betheiligt, wie viele dauernd im Jahre 1894 gearbeitet und wie viele so und so viel Wochen arbeitslos waren. Im übrigen verweisen wir auf unseren Artikel: „Der Werth der Statistik“ und eruchen, daß sich die Mitglieder aller größeren Orte dies recht angelegen sein lassen. Namentlich fordern wir die Vorstände und Vertrauensmänner aller Orte auf, dafür zu sorgen, daß die Fragebogen ordentlich ausgefüllt und baldigst wieder eingekandt werden. Die Bogen müssen z. B. folgendermaßen ausgefüllt werden:

Vor- und Zuname.	Alter	War in Arbeit		War außer Arbeit		Vedig oder vertheilbar?	War die Arbeitslosigkeit durch Krankheit verursacht?
		Wieviel Tage?	Datum vom bis	Wieviel Tage?	Datum, von welchem Tage bis zu welchem Tage?		
Gust. Schulz (Hilfsarbeiter)	29 J.	231	Vom 1.1./ bis 22./10.	84	Vom 23./10. bis jetzt.	verb.	ja.
Herrn Müller (Braucher)	35 J.	203	Vom 1./1. bis 15./3. Vom 11./4. bis 16./8. Vom 31./10. b. Schluß d. J.	102	Vom 15./3. bis 11./4. Vom 16./8. bis 31./10.	verb.	nein.

Der Hauptvorstand.
J. M.: M. Wiehle.

Alle Zahlstellen und Zweigvereine werden hiermit aufgefordert, uns sofort ein Verzeichniß der Adressen und

Anzahl derjenigen Mitglieder zuzustellen, an welche wir die Zeitung senden sollen, da wir dadurch Ersparnisse machen können. Auch die Einzelmitglieder mögen uns, wenn sie abreisen, Mittheilung machen, oder auch, wenn sich die Zahl der Mitglieder verschiebt.

Die Expedition.

Quittung.

Für die Ausgesparten gingen weiter ein: Von dem Kollegen H. Schlichtheim, Straßburg 2,50 Mk., von den Kollegen des Schwabenbräu, Düsseldorf 20 Mk. (inkl. 1 Mk. von dem Kollegen Engelmann und 17,00 Mk. von dem Kollegen Gärtner in Herdt), von den Kollegen der Aktienbrauerei, Düsseldorf 12,25 Mk., von den Kollegen der Adlerbrauerei, Düsseldorf 4,10 Mk., von den Kollegen vom Brauereiarbeiter-Verband von Nordamerika durch G. Kurzenkabe, St. Louis 600 Mk., von den Kollegen der Aktienbrauerei Linden-Hannover 66 Mk., von dem Kollegen W. v. B., Mülheim a. d. R. 2 Mk., von dem Kollegen J. Feddelhausen, Zinnenstadt 1 Mk., vom Wütcher W. Pfeiffer daselbst 0,50 Mk., von den Kollegen der Brauerei Kempf, Frankfurt a. M. 25,80 Mk., von den Brauereiarbeitern der Brauerei Hermes u. Saurenhans, Eberfeld 3,75 Mk., von der Brauerei Klipper daselbst 13,25 Mk., von den Kollegen der Aktienbrauerei St. Pauli, Hamburg 14,50 Mk.

M. Wiehle.

Bücherzhan.

Heft 20 des Volks-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Baum; Verlag von Wörlein u. Komp., Nürnberg, ist eben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Calendarium (jüdischer, julianischer, römischer, gregorianischer Kalender), Campher, Chemie (Geschichte und Theorie), Chemische Industrie (Lage der Arbeiter in derselben), Chile, China (Geographie, Bevölkerung, Industrie, Handel, Verfassung, Finanzen, Meer, Rechtspflege). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volks-Lexikon kann auch durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 4879 a (9. Nachtr.), im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 760 a (Nr. 25 des B. Bl.) eingetragen.

Der Hochverrathprozess wider Liebknecht, Bebel, Kepner vor dem Schwurgerichte zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. 15. und 16. Lieferung. S. 673 bis 768. 8°. Preis 20 Pf.

Die beiden letzten vorliegenden Hefte enthalten den Schluß der berühmten ungehaltenen Verteidigungsrede Liebknecht's. Von den dann folgenden Aktenstücken sind zu erwähnen die Darstellung, die Liebknecht über den Prozess in der englischen Presse veröffentlicht hat, und die eingehenden Erklärungen Bebel's und Kepner's über den Prozess und das Prozessverfahren. Hierauf folgt der Beginn des Anhangs, durch den sich die neue Ausgabe von der ersten Auflage unterscheidet.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21.—27. Oktober. Preis 25 Pf. Berlin 1894. Verlag des „Vorwärts“. 190 S. gr. 8°

Von diesem für jeden Parteigenossen und für jeden ehrlichen Gegner unserer Partei, der dieselbe auf Grund ihrer eigenen Handlungen kennen will, unentbehrlichen Werke ist jedoch die revidirte zweite Auflage erschienen. Der außerordentlich billige Preis ermöglicht es auch den schlechtest entlohnerten Parteigenossen, sich dieses wichtige Werk anzuschaffen.

Briefkasten.

A. S., Hanau. Gewiß sind 21,90 Mk. angekommen; 1,90 Mark waren doch für den Internationalen Unterstützungsfonds, die werden stets vom Verbandsgeld abgerechnet. Besten Gruß!
Reumünster. Die zwei größten Brauereien sind in Nordamerika, die drittgrößte in Irland.

St., Lübeck. Wie steht es mit der Quittung über die 10 Mk.? Muß sie bis zur Revision haben. Also bitte, recht bald senden. Besten Gruß!

S. M., Winterthur. Abonnement kostet 2 Mk. und ist im ersten Monat einzulösen.

Görde. Ihr werdet gestrichen, weil ich annahm, Ihr erhaltet die Zeitung von der Eistbrauerei; es war mir einmal etwas diesbezügliches mitgetheilt. Also nichts für ungut. Besten Gruß!

Verfassungskalender.

Aischaffenburg.

Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt.

Barmen.

Sonabend, den 19. Januar 1895 findet im Lokale des Herrn F. v. Döbler, Predderstraße, Abends 8 1/2 Uhr, eine Generalversammlung statt. — Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Kassensbericht und Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Neuwahl der Vertrauensmänner. 5. Neuwahl der Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 6. Abrechnung der Festkosten. 7. Berichtserhaltung der Tarifkommission. 8. Wahl des Vereinslokals und Festlegung der Vereinsabende. 9. Verschiedenes. Wegen der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung ist das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder nothwendig.

Bodum.

Den Kollegen von Bodum und Umgegend zur Nachricht, daß die Monatsversammlungen bis auf Weiteres jeden dritten Sonntag im Monat stattfinden; jede weitere Bekanntmachung unterbleibt.

Dortmund.

Die Monatsversammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, bei Wuttke, auf dem Berge 6, statt.

Eberfeld.

Sonabend, den 12. Januar 1895, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Burdö König, Brühlhof. — Tagesordnung: 1. Aufnahme und Auflage. 2. Berichtserhaltung. 3. Berichtserhaltung über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. 4. Abrechnung vom Winterf. 5. Wahl zweier Vertrauensmänner. 6. Verschiedenes und Fragelasten.

Essen.

Die Monatsversammlung findet Sonntag, den 6. Januar cr., Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Franz, statt. — Tagesordnung: 1. Einnahme der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Bericht der Gewerkschafts-Delegirten. 4. Verschiedenes.

Fürth.

Unsere regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat statt. Eine weitere Bekanntmachung unterbleibt in Zukunft und werden die Kollegen ersucht, dies zu beachten.

Heidelberg.

Die Reiseunterstützung wird nur in unserm Vereinslokal, Restaurant zur Hornmühle, Hauptstraße 142, ausbezahlt. Dies den reisenden Mitgliedern zur Nachricht.

Kiel.

Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat statt.

Leipzig.

Sonntag, den 13. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, Generalversammlung des Fachvereins der Brauer von Leipzig und Umgegend im Universitätskeller, Ritterstraße 7. — Tagesordnung: 1. Kassensbericht. 2. Antrag auf Auflösung des Fachvereins und Beitritt zum Verband als Einzelmitglieder. 3. Wahl zweier Revisoren. 4. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.

Stettin.

Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonabend im Monat statt.

Inferate.

CHEMNITZ, den 1. Januar 1895.
Allen meinen Abnehmern, Freunden und Bekannten ein

glückliches Neujahr!
C. R. Wittber.

Unserm Verbandskollegen Herrn
Siegfried Jeden
und Frau
Martha Sergert
zu ihrer Verlobung die besten Glückwünsche!
Die Stettiner Verbandskollegen.

Mannheim.

Halte allen Freunden und Bekannten mein
Gast- und Logirhaus
bestens empfohlen. Gute und billige
Zweifel und Getränke, sowie gutes
und billiges Logis.
Jacob Theilacker,
H 2, Nr. 3.

Berlin.

Macht alle Kollegen und Freunden
die ersehnte Mittheilung, daß ich ein
Zigarrenverhandlungsgeschäft
öffnen werde.
Lafete von 4 Mark an eine hochfeine
Zigarre für 10 oder 12 Stück.
Für die Auslieferung garantiren,
daß es zu erziehen, nicht ich alle
Kollegen, was in meinem Interesse
für sie zu erziehen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Hermann Richter,
Wiltwald Allee Nr. 39, 2 Treppen.

Berlin.

Empfehlen allen Kollegen ein neu eingerichtetes
Restaurant mit Centralherberge
Neue Friedrichstraße 20
(Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofs Alexanderplatz.)
Hochachtungsvoll
Fritz Preuss.

Mannheim.

„Zum kleinen Mayerhof“.
Allen Mannheimern ein herzliches
die ergebene Mittheilung, daß ich die altrenommirte
„Zum kleinen Mayerhof“
P. 6. 17 18,
erster und ältester Hauptverkehr der Brauer und Käfer, übernommen
und neu renovirt habe.
Ich empfehle vorzügliche Betten, ausgezeichnete Speisen und Ge-
tränke bei billiger Verano-g hiermit aufs Beste.
Gleichzeitig empfehle den Herren Brauereien, sowie G. H. H. in eine kosten-
lose Stellensermittelung.
Hochachtungsvoll
Friedrich Steinmetz.

Oeffentliche Versammlung

der im Brauereibetriebe und in Bierhandlungen be-
schäftigten Brauer und Hilfsarbeiter
Sonabend, den 5. Januar 1895, Abends 8 1/2 Uhr,
im „Kolozeum“ zu Bremerhaven.
Tages-Ordnung:
1. Der Berliner Verbandskollekt und die organisierte Arbeiterschaft.
2. Anschlag am 3. Straßerverband der Brauer und verwandten Berufsangehörigen.
3. Sonstige Angelegenheiten.
Referent: Herr Rich. Wiehle, Hannover,
Vorsitzender des Zentralverbandes der Brauer und verwandten Berufsangehörigen.
Berichter über das Geschehen wird nicht
Der Einberafer.

C. R. Wittber,
CHEMNITZ, Müllerstrasse Nr. 28,
Fabrikant der altbekannten

Chemnitzer Holzschuhe
desgl. Schlappschuhe,
Plüschschuhe, Hälerpantoffeln.


Schnitt-, Weiß- und Wol- waarengeschäft

ist **Maxplatz 33** 6. St. bet.
Ich erlaube mir dieser Bekanntgabe
die Bitte beizufügen, mich bei bevor-
stehendem Wirtschbedarf gütigst berück-
sichtigen zu wollen.
Joh. Schmidt, Nürnberg,
früher Färberstraße.

Hochfeine Cigarren,

hell u. dunkel,
verkauft von 4 Mark an
Georg Leithner,
Cigarren-Verhandlungsgeschäft,
Nürnberg, Jakobstraße 29.

Brauer- und Mälzer-Mützen.

Pelzmütze
in Seide v.
v. Mk 2,50—
3,50, in Marmel
von Mk 2,25—
3,25, in Nutra von Mk 10—15,
Perlia von Mk 15—25.

**Jockey-
Mütze**
in allen Farben,
von Mk 1—1,75.

**Klapp-
mütze,**
Stoffmützen von
1—2 Mk, Seide
und Atlas in
Schwarz u. braun
Mk 2—2,50, Kipsseide Mk 2,50—3,00.
**Herren-
Kragen**
an jeder Mütze passend,
von Mark 5 00
bis 30 00.
Stradtmütze in Stoff
und Seide, in jeder beliebigen
Farbe, von Mk 1,25—3,00.

**Pelz-
mütze**
in Rot 25
Pf. bis 2 Mk
thurer.

Stoffproben stehen franko zu
Diensten.
Bei Bestellungen erbitte Kopfwerte in
Zentimetern anzugeben. Versand erfolgt p.
Nachr.; bei 12 Stück franko.
Carl Fiedler,
Schäferstraße 53, Dresden, Schäferstraße 53.